



Nr. 435 Bezugspreis für das Vierteljahr in Breslau 6,00 M., frei ins Haus 6,50 M., bei den deutschen Postanstalten 6,60 M., Monatsbezug 1,90 M., frei ins Haus 2,20 M., bei der Post 2,30 M., Wochenbezug in Breslau 45 Pf., frei ins Haus 50 Pf.

Breslau, Freitag, den 23. Juni

1916. Einrückungsgebühr für die 1 spaltige Zeile oder deren Raum: 40 Pf. (Mittwochs- u. Abendblätter 45 Pf.), bei Anzeigen aus Schlesien u. Polen 30 Pf., 35 Pf., im Morgenblatt für Kreisangehörige 20 Pf., Wohnungsanzeig. u. Stellenangebote 15 Pf., Anz. an Bezugs. Stelle 2 Pf. (Mittwochs- u. Abendblätter 1 Pf.).

Annahmestelle und Bezugsbestellung in der Geschäftsstelle Schweidnitzer Straße 47 (Fernspr. 1944 u. 4416) und in den Zweiggeschäftsstellen Goethestr. 22 (Fernspr. 12427) und Kaiserstr. 17 (Fernspr. 12888), Fernspr. der Red. Nr. 2681, 5723 u. 540 (letztere nur für den Stadtverkehr), der Handelsred. Nr. 4416. — Sprechk. der Red. 10—12 Uhr. — Telegr.-Adr.: Schlesienschn. — Postfach 1010: Wilh. Gottl. Korn, Breslau 38.

Abendblatt.

Der Fall Kapp.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat neuerdings einige Stellen aus der vielumstrittenen Schrift des Generallandwirtschaftsdirrektors Dr. Kapp angeführt, um die Haltung des Reichskanzlers gegenüber den von Kapp gegen ihn gerichteten Angriffen zu verdeutlichen. Gegen solche Einzelzitate wird sich immer einwenden lassen, daß sie, aus dem Zusammenhang gerissen, die Absicht des Verfassers nicht sinngetreu wiedergeben. Aber da Herr Kapp selbst in seiner bekannten Erklärung feststellt, daß er dem Reichskanzler Unfähigkeit und Schwäche vorgeworfen hat, so bleibt auch für den, der die Kapp'sche Schrift nicht kennt, die Tatsache übrig, daß ein hochgeachteter Beamter gegen den leitenden, vom Vertrauen des Kaisers getragenen Staatsmann in kritischer Zeit eine Agitationschrift verbreitet hat, die diesem mit großer Schärfe die schwersten Vorwürfe macht, die ihm in seiner Stellung gemacht werden können. Wie weit der Kreis der mit der Zusendung Bedachten gezogen worden ist, darüber ist bisher keine zuverlässige Angabe bekannt geworden. Eine Massenverbreitung im Schützengraben, wie sie aus den Worten des Reichskanzlers in der Reichstags-sitzung am 5. Juni gefolgert werden konnte, hat, wie einer Zeitungsnotiz zu entnehmen ist, nicht stattgefunden. Das ist infolgedessen nicht unwichtig, als damit ein wesentliches Bedenken gegen Herrn Kapp fortfällt. Er hat anscheinend nur einer beschränkten Zahl von Vertrauenspersonen seine Ausarbeitung zugegeben, kann also nicht gut, wie es seitens des Kanzlers geheißen ist, summarisch unter die „Wirren der öffentlichen Meinung“ gerechnet werden. Es muß ihm sicherlich auch die bona fides der patriotischen Absicht zugestanden werden, aber trotzdem ist nicht zu verkennen, daß er in der Wahl seiner Mittel einen groblichen Mißgriff begangen hat. Ein Mann von seiner Stellung durfte nicht in dieser Form agitieren. Zur Bekämpfung der Politik des Reichskanzlers ist zur Zeit der Reichstag bzw. die vertrauliche Kommissionsverhandlung der geeignete Ort. Die vertrauliche Verbreitung einer Schrift, deren Verfasser aus patriotischen Bedenken gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stimmung machen will, hat in der Praxis immer den Weisheitsgeschmack einer Verschwörung. Daß Herr von Bethmann Hollweg diesem gegen ihn gerichteten Angriff des Herrn Kapp durch seine Reichstagsrede mehr Bedeutung verliehen hat, als ihm nach allgemeiner Auffassung zukam, hat man in der Öffentlichkeit nicht recht verstanden; er hätte wohl noch andere Wege gehabt, sich seiner Haut zu wehren. Die Ausnutzung des ganzen Vorganges durch die liberale Presse war eine der unerquicklichsten Folgeerscheinungen. Aber auch diese parteipolitischen Fragen hätte Herr Kapp mit in Rechnung ziehen müssen, als er sich zur Verbreitung seiner Schrift entschloß: daß sie in die Feuer hineingeworfen wurde, statt dem Vaterlande in schwerer Zeit Nutzen zu bringen. Erdwörter wird das Urteil über sein Verhalten noch durch sein Mundschreiben, in dem er von seiner Quellsforderung an den Reichskanzler Mitteilung macht. Auf diese Demonstration hätte er verzichten müssen. Es wäre an der Zeit, daß die ganze Sache recht aus der öffentlichen Erörterung verschwinde. Das Versprechen des Kanzlers, die Zensurbestimmungen zu mildern, wird hoffentlich den Austausch der Meinungen vor der Gefahr der Heimlichkeit schützen und ihn damit in Formen überführen, die fester dem großen, das deutsche Volk erfüllenden Ernst und den hoch zu spannenden Anforderungen an das Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen entsprechen.

Sitzung des Volksernährungsbeirats.

§§ Im Reichsamt des Innern ist heute vormittag der parlamentarische Beirat für die Volksernährung zusammengetreten, um auch seinerseits zu dem Wirtschaftsplan für das neue Erntejahr Stellung zu nehmen. In den Verhandlungen, die vom Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich geleitet werden, nehmen vom Reichsamt des Innern auch Unterstaatssekretär Frhr. von Stein teil. Es sind ferner Vertreter der preussischen Ministerien sowie der einzelnen Kriegswirtschaftsgesellschaften anwesend.

Die englisch-französische Generaloffensive.

§§ Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Zürich: Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag: In London verläutet die jüngste dortige Kriegskonferenz habe die Einzelheiten der bevorstehenden englisch-französischen Generaloffensive im Westen als Ergänzung der russischen Offensive des Ostens behandelt. Von dieser englisch-französischen Generaloffensive ist schon seit mehreren Monaten die Rede, ohne daß sie bisher erfolgt wäre. Wenn sie eine Ergänzung zu der russischen Offensive werden soll, werden sich die Engländer und Franzosen bald zu ihrer Unternehmung entschließen müssen; sonst kommt sie bei der günstigen Wendung, die die Ereignisse im Osten für die Mittelmächte genommen haben, zu spät. Daß mit einer Offensive des englischen Heeres zu rechnen ist, ging auch schon aus den Äußerungen des englischen Premierministers und des Kolonialministers hervor, daß das englische Heer vollkommen operationsbereit wäre und nur noch auf den Angriffsbefehl Hoffens warte.

Bei Bauz 424 Franzosen gefangen. Karlsruhe, Müllheim und Trier von feindlichen Fliegern angegriffen. — Neun feindliche Flugzeuge vernichtet. Russische Angriffe überall abgeschlagen.

(Amtlicher Bericht.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

STLICH von Ypern wurde ein feindlicher Angriffsversuch vereitelt.

Bei deutschen Patrouillenunternehmungen, so bei Lihons, Passigny und beim Gehöft Maisons de Champagne (nordwestlich von Massiges) wurde einige Dutzend Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Drei französische Angriffe gegen unsere westlich der feste Bauz genommenen Gräben wurden abgewiesen. Wir haben hier am 21. Juni 24 Offiziere und über 400 Mann gefangen genommen.

Gestern wurden Karlsruhe und Müllheim in Baden, sowie Trier durch feindliche Flieger angegriffen. Wir haben eine Reihe von Opfern aus der bürgerlichen Bevölkerung zu beklagen. Kennenswerter militärischer Schaden konnte in jenen Orten nicht angerichtet werden und ist nicht verursacht worden.

Die Angreifer verloren vier Flugzeuge. Je eins mußte auf dem Rückfluge bei Nieder-Lauterbach und bei Lembach landen; unter den gefangenen Insassen befinden sich zwei Engländer. Dabei holte Leutnant Hohendorf den sechsten Gegner herunter. Außerdem wurden gestern feindliche Flieger in Gegend von Ypern, östlich von Hulluch (dieses als fünftes des Leutnants Mulzer), bei Lancon (südlich von Grandpre), bei Merzheim (östlich von Gebweiler), südwestlich von Sennheim, abgeschossen, so daß unsere Gegner im ganzen neun Flugzeuge eingebüßt haben.

Unsere Fliegergeschwader haben die militärischen Anlagen von St. Pol sowie feindliche Lager und Unterkünfte westlich und südlich von Verbun angegriffen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Bei einem kurzen Vorstoß bei Beresina (östlich von Bogdanow) fielen 45 Gefangene, zwei Maschinengewehre, zwei Revolverkanonen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Nordöstlich von Saritschi gegen die Kanalstellung vorgehende schwächere feindliche Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals von Eisingen.

Trotz mehrfacher feindlicher Gegenstöße blieben unsere Angriffe westlich und südwestlich von Luck im Fortschreiten.

In der Front vorwärts der Linie Beresteczko—Brod wurden russische Vortöße glatt abgeschlagen.

Armee des Generals Grafen von Bothmer

nichts Neues.
Balkan-Kriegsschauplatz.
Keine wesentlichen Ereignisse.
Oberste Heeresleitung.

Die Erdrosselung Griechenlands.

Das neue Kabinett. — Aufhebung der Blockade.

ATHEN, 22. Juni. Reuters. Das neue Kabinett wird heute nachmittag beidigt. Zaimis ist Ministerpräsident und Minister des Äußeren.

Die Gesandten des Vierverbandes haben ihren Regierungen anempfohlen, die Blockade aufzuheben.

Entwickelung der griechischen Krisis.

Die Entente hat der Athener Regierung ein Ultimatum überreicht, das ihren Erpressungen die Krone aufsetzt und wohl überhaupt das Stärkste darstellt, was einem souveränen Volke je geboten worden ist. Griechenland soll demobilisieren, es soll sein Kabinett nach den Wünschen der Entente umgestalten, Neuwahlen ausschreiben und seine Vollzugsorgane durch Beamte ersetzen, die das Vertrauen des Vierverbandes genießen. Und alles dies um der Neutralität willen, zum höheren Ruhme des Rechts und zur Aufrechterhaltung fremder Einflüsse! Selten war Annahme in eine so ironische Form gekleidet wie hier, wo der Fordernde gerade durch seine Ansprüche Recht und Loyalität mit sich bringt. Welche Antwort die griechische Regierung auf diese Zustimmung auch erteilt, in keinem Falle wird man nach dem bisherigen Verhalten Griechenlands annehmen dürfen, daß es eine bisher beobachtete Politik ohne weiteres zugunsten der Entente verleugnet. Einer der Hauptpunkte des Ultimatum der Entente betrifft die Forderung der Demobilisierung der griechischen Armee. Da der griechische Ministerrat nach übereinstimmenden Meldungen französischer, englischer und italienischer Blätter schon vor einiger Zeit die Entlassung der Reserven des griechischen Heeres beschlossen und durchgeführt hat, so muß die Forderung der Vierverbandsmächte offenbar noch über die bereits angeordnete Form der Demobilisierung hinausgehen. Interessant ist übrigens, daß gerade die italienische Presse, und zwar besonders die von der Regierung beeinflussten Blätter, ihre Haltung in der Frage der Demobilisierung des griechischen Heeres gegen früher vollständig geändert hat. Während man früher in Italien jeder das Ansehen Griechenlands beeinträchtigenden Demütigung freudig zustimmte, ist man jetzt enttäuscht, daß Griechenland infolge seiner Demobilisierung nicht mehr als zukünftiger Kampfgenosse an der Seite des Vierverbandes betrachtet werden dürfe.

Das Ultimatum der Entente ist auch darauf berechnet, eine Entscheidung der innerpolitischen Verhältnisse Griechenlands herbeizuführen. Man hofft damit einen Bruch herbeizuführen zwischen dem König einerseits, der treu an der überlieferten Freundschaft mit den Mittelmächten festhält, und von dem

geraden Wege der Neutralität nicht abzuweichen wünscht, und dem griechischen Volke, das durch die Zwangsmaßnahmen der Entente, vor allem durch deren Auslieferungspolitik zur Verzweiflung und zur Abwendung von der Politik des Königs getrieben werden soll. Die Frage bleibt allerdings, ob in diesem Punkte die Rechnung des Vierverbandes nicht einen beträchtlichen Fehler enthält, denn die neuesten Athener Meldungen lassen keinen Zweifel daran, daß selbst unter der Wenigsten große Empörung über die mit größter Schärfe ausgeübte Blockade herrscht und daß zahlreiche Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Weniselos in das Regierungslager getrieben wurden, was mit Rücksicht auf die künftigen Neuwahlen ganz und garnicht im Interesse des Vierverbandes liegen dürfte.

§§ Aus Bern, 23. Juni, erfährt die „B. Z. am Mittag“: Nach hierher gelangten Meldungen aus Athen hatte sich Louis-Ludwig geweigert, die Note der Vierverbandsmächte überhaupt entgegenzunehmen. Als ungefähr gleichzeitig die Kriegsschiffe der Entente vor dem Phaleron erschienen, übergab er dem Könige sein Rücktrittsgesuch. Zaimis, der vom König berufen war, hat unter dem Zwange der Kanonen das Ultimatum des Vierverbandes entgegengenommen und seine Erfüllung zugesagt. Es wird nun in ungefähr 2 Monaten zu Neuwahlen kommen, über deren Ausgang eine unbedingt sichere Voraussage nicht zu machen ist. Aber man kann annehmen, daß mit Hilfe der Majorität des Ententeheeres die Mandate in Mazedonien und auf den von England besetzten Inseln der Weniselospartei zufallen werden, vielleicht nicht alle, aber doch der größte Teil. Man muß also auch mit der Möglichkeit rechnen, daß Weniselos in der Kammer wieder die Mehrheit, wenn auch keine große erlangen kann und daß der König unter dem Zwange der Verhältnisse genötigt sein kann, sogar Weniselos wieder mit der Kabinettbildung zu beauftragen.

Ein Anleiheangebot zurückgewiesen.

— Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Konstantinopel: Der „Osmanische Vohd“ erfährt, daß von den Vierverbandsmächten gemacht Angebot einer Anleihe von 120 Millionen unter der Bedingung der Kontrolle der griechischen Finanzen und der Verpfändung der Zolleinnahmen der Inseln und Mazedoniens sei von Khalis als gefährlich für die Unabhängigkeit Griechenlands zurückgewiesen worden.

Die Verhandlung gegen Liebknecht.

§§ Die Hauptverhandlung gegen den Abgeordneten Dr. Karl Liebknecht findet am 28. Juni vor dem Königl. Kommandanturgerichte in der Leichterstraße in Berlin statt.

